

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschrift
Tageblatt Riesa,
Fernruf Nr. 20,
Postfach Nr. 52.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Weißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postkassentor:
Dresden 1380.
Verleger:
Riesa Nr. 52.

Nr. 154.

Sonnabend, 5. Juli 1930, abends.

83. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverzögerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabebetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Grundpreis für die 89 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reflektzeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt ertitelt, wenn der Betrag vorfällt, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontour gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langner & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: L. B. F. Leichgräber, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Deutschlands unsichtbare Befabung.

Rufen in der Freude und der Jubelstimmung über den Abmarsch der französischen Besatzung aus der dritten Zone der besetzten rheinischen Gebiete haben sich in Deutschland Stimmen der Desfiantlichkeit zur Geltung gebracht, die mit wichtigen Gründen der Meinung scharf entgegenzutreten, als ob nunmehr das Rheinland wirklich seine Freiheit wiedererlangt hätte, und das Reich wieder über die vollen staatlichen Hoheitsrechte im deutschen Westen gelte. Diese Stimmen, die in den Freudenbechern ein paar starke Tropfen Verwirrung gossen, haben nicht unrecht. Das Rheinland ist in Wirklichkeit nur, und zwar äußerlich, von der militärischen Besatzungsarmee „befreit“. Aber das ganze rheinische Gebiet, von der schweizerischen Grenze angefangen, entlang der elsaß-lothringischen Grenze, bis hinauf an die Nordsee bleibt nach wie vor als entmilitarisiertes Gebiet bestehen, und nicht nur das linksrheinische Gebiet, sondern auch der bekannte 30 Kilometer breite Streifen rechts des Rheins. Das bedeutet, daß in Wirklichkeit 3 1/2 Millionen Heftar deutschen Gebietes von der deutschen Landesverteidigung ausgeschlossen sind. Dieses Gebiet zählt rund 16 Millionen Einwohner, d. h. ein Viertel der Bevölkerung des Deutschen Reiches. Dieses Gebiet bleibt also auch nach der „Be-freiung“ unter einem Ausnahmezustand. Es ist nicht etwa eine neutrale Zone, der gegenüber die beiden anstehenden Staaten die gleichen Rechte und Verpflichtungen haben. Denn das Deutsche Reich hat nach den bestehenden Verträgen nur dafür Sorge zu tragen, daß kein deutscher Soldat und kein deutsches Geschütz dieses Gebiet betritt, während die Franzosen ersatzweise an der Grenze stehen und jederzeit die Möglichkeit haben, 6-100000 Soldaten Deutschlands gegen die Entmilitarisierungsbestimmungen zum Schutz ihrer „Sicherheit“ vorzuziehen. Frankreich kann sich dabei berufen auf die Artikel 42, 43 und 44 und 213 des Versailler Vertrages. Auch der Artikel 14 der Haager Vereinbarungen der Locarnomächte verpflichtet Deutschland, den ständigen Vergleichskommissionen auf Anforderung „alle zweckmäßigen Maßnahmen und Aus-fälle zu liefern“ über Verhältnisse und Vorgänge in seinem Gebiet, die nach Meinung seiner früheren Gegner den friedfertigen Locarnogebieten behelligen. Dieser Artikel ist eine Neuauflage des Artikels 44 des Versailler Vertrages, denn er gibt den Vergleichskommissionen, in denen die deutschen Vertreter stets in der Minderheit sind, geradezu das Recht zu einer Wirtschaftsdiktatur im rheinischen Industriegebiet und in den übrigen im Gebiet der entmilitarisierten Zone liegenden Industrieanlagen. Seit 8. Juni irgend jemand das Gerücht in die Welt, in Eisen werde ein neues Geschütz konstruiert oder eine neue Panzer-platte ausprobiert oder in den chemischen Fabriken werde ein für militärische Zwecke verwendbares Gas gewonnen, dann legt sich die loyale Vergleichskommission in Bewegung und führt in den verborgenen Winkeln der deutschen Fabriken nach Kriegserzeugnissen herum. Die Entmilitarisierung der Rheinlande ist daher ein andauernder Gewaltakt gegen die Hoheitsrechte des Deutschen Reiches und er-möglicht den Franzosen ein wirtschaftliches und militärisches Spionagegeschäft zu organisieren, gegen das die deutsche Regierung und die deutsche Wirtschaft im ge-genen Falle völlig wehrlos dastehen. Nachdem die Fran-zosen an ihrer Disziplin die gewaltigsten Festungswerke aufgebaut haben, die die Welt je gesehen hat, und sich die militärische Wehrlosigkeit Deutschlands an seiner West-grenze auf alle nur erdenkliche Weise gesichert haben, bleibt der Abmarsch vom Rhein nur eine Geste, die ihnen zwar einigermassen Unbehagen bereitet, aber ihr empfindliches Sicherheitsgefühl nicht im geringsten berührt hat.

Der Reichswirtschaftsrat zur Bauwirtschaft.

In Berlin. Der Ausschuss des Reichswirtschaftsrates für Siedlungs- und Wohnungswesen befahte sich mit der Frage der Belebung des Wohnungsbaues und der allge-meinen Bauwirtschaft. Der Ausschuss hält es für nötig, daß die Forterhebung der Hauszinssteuer auf eine bestimmte Zeit und in bestimmter Höhe gewährleistet wird. Ein-gewiesen wird auf die Bedeutung stetiger Beschäftigung im Baugewerbe für die Entwicklung der Baukosten. Neben gesicherter Baufinanzierung fordert das Gutachten Befreiung des Unterschiedes zwischen Alt- und Neubauten durch Senkung der Neubauten und entsprechende Er-höhung der Altbauten. Im Hinblick auf den Mißstand des Mietspreises wird Vorschlag gemacht, die Mittel für Instand-setzungsarbeiten und Umbau zu einwandfreien Wohnungen verlangt. Weitere Vorschläge schlagen eine Auslands-straßenbauanleihe vor, deren Tilgung und Zinsendienst aus der Kraftfahrzeugsteuer zu erfolgen hätte. In den Besessen soll jeder Eingriff in das Privat-eigentum ohne gerechte Entschädigung unterlassen werden. Ueber die Notwendigkeit der Aufhebung der Wohnungs-wangswirtschaft besteht im Ausschuss allgemeine Ueberein-stimmung, nur über das Tempo ihres Abbaues herrschen verschiedene Ansichten. Die Wohnungspolitik sollte nach Ansicht des Ausschusses in besonderem Maße auf Gerab-fegung des Zinsfußes für Bau- und Hypothekengelder, auf Senkung der Baupreiskosten und auf Vermeidung aller vertuernden Zwischenstellen bei den zuständigen Be-hörden gerichtet sein.

Schwierigkeiten der Saarverhandlungen.

Die Zurückziehung des Saarbahnschutzes.

Paris, 5. Juli.

Die Agentur Havas verbreitet folgende halbamtliche Er-klärung: Die Regierungskommission des Saargebietes wird am 10. Juli zusammentreten, um festzustellen, ob sie dafür zuständig ist, die Zurücknahme des Bahnschutzkorps des Saargebietes zu beschließen, das dazu bestimmt ist, die Ver-bindungen mit den Besatzungstruppen im Rheinland zu schützen, oder ob dieser Beschluß vom Völkerbund abhängt.

Das Saarproblem vor dem Senatsauschub für Auswärtige Angelegenheiten.

Paris. Der Senatsauschub für Auswärtige Ange-legenheiten befaßte sich heute mit dem Saarproblem. Ueber die Sitzung berichtet die Agentur Havas: die Sena-toren Maurice Ordinaire und Ceccard erstatteten Bericht über die das Saargebiet betreffenden Fragen. Der Aus-schub wird am kommenden Mittwoch Ministerpräsident Tardieu, Außenminister Briand und dem Minister für öffentl. Arbeiten, Vernet, in dieser Frage hören. Senator Ordinaire äußerte sich dahin, daß in dieser sehr schwierigen Angelegenheit, in der die deutsch-französischen Beziehungen sehr viele Gefahren hätten laufen können und noch laufen könnten, die Rolle des Völkerbundes in Zukunft aufrecht erhalten werden müsse. Senator Ceccard bemühte sich, an Hand von Bildern nachzuweisen, daß Frankreich und die Saarländer an der Vertheidigung des Status Quo inter-esiert seien. Die Saarländer, so erklärte er, bräuchten dringend französische Erze und aus Frankreich eingeführte Lebensmittel und andere Erzeugnisse, namentlich solche aus Elsaß und Lothringen. Frankreich exportiere nach dem Saargebiet für mehr als 2 Milliarden Waren und führe aus dem Saargebiet für 11,2 Milliarden ein. Jede Verdringung würde verheerend wirken, sowohl auf die Saarindustrie sowie auf die französische Handelsbilanz. Nur die Beibehaltung des gegenwärtigen Regimes unter der Regide des Völkerbundes, das natürlich noch verstärkt werden müßte, würden dem Saargebiet und Frankreich die Garantien geben, die beide zur Wahrung ihrer wirtschaf-tlichen Interessen und der Wiederherstellung einer frucht-bringenden Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Deutschland bräuchten. Der Ausschub beschloß, der Regierung einen eingehenden Fragebogen über die Saarprobleme vorzulegen.

Bernünftige französische Stimme zur Saarfrage.

Paris. Der „Soir“ beschäftigt sich in einem aus-führlichen Artikel mit der Lage im Saargebiet nach der

Befreiung des Rheinlandes. Der Schreiber stellt den absolut deutschen Charakter des Saargebietes und besonders Saarbrückens fest und betont, daß Ueberreifen der Jubel-stimmung der Rheinländer über ihre Freireue auf die Saarbevölkerung trotz wirtschaftlich besserer Lage und trotz arder Zurückhaltung der französischen Behörden laße er-fennen, daß das Volk mit jeder Faser seines Herzens am Mutterland Deutschland hänge. Man könne schon fest ohne Uebertreibung einen hundertprozentigen Sieg Deutsch-lands bei der Abstimmung voraussetzen, und es sei not-wendig, daß sich Frankreich im Interesse des europäischen Friedens dessen bemußt werde. Die Saarbevölkerung wartete in Ruhe die Stunde ab, in der sie von allen Klaukeln des Versailler Vertrages befreit zum Mutterland zurückkehren könnten.

Sagung des Bundes der Saarvereine in Erier.

Erier. Die 10. Tagung des Bundes der Saarvereine, die hier im Rahmen der Befreiungstungebung der Stadt abgehalten wird, hat heute begonnen. Nach dem Geschäfts-bericht stand das letzte Arbeitsjahr ganz unter dem Einfluß der Rückgliederungsverhandlungen über das Saargebiet. Es galt vor allem der Prüfung der Frage, wie sich die Verhältnisse im Saargebiet nach seiner Rückgliederung in wirtschaf-tlicher, steuer- und sozialpolitischer Hinsicht gestalten müßten. In dem Bericht wird schließlich gelangt, die Gal-tung der Bevölkerung des Saargebietes gebe volle Ge-währ dafür, daß das Saargebiet auch jede weitere Prüfung in Treue zum deutschen Vaterland bestehen werde.

Im Anschluß an die Besprechung des Arbeitsauschusses begann die Mitglieder- und Vertreterversammlung.

Reichspräsident von Hindenburg an den Bund der Saarvereine.

Berlin. Anlässlich der 10. Jahrestagung des Bundes der Saarvereine in Erier hat Reichspräsident v. Hindenburg folgenden Begrüßungstelegramm geschickt: Dem Bunde der Saarvereine sende ich zu seiner dies-jährigen 10. Tagung meine herzlichsten Grüße. Ich ver-binde mit ihnen meinen Dank für die sechsjährige treue Arbeit des Bundes im Interesse des Saargebietes. Möge die Tagung erneut den Beweis dafür erbringen, daß das deutsche Volk sich mit seinen in vorbildlicher Treue aus-harrenden Brüdern und Schwestern von der Saar unteilbar verbunden fühlt und mit ihnen mit Zuversicht dem Tage entgegensteht, an dem die Trennung des Saargebietes von seinem Mutterlande ihr Ende erreichen wird. 94. v. Hindenburg.

Verständigungswille vorhanden.

Die gekrigte Parteiführerbesprechung

Berlin, 5. Juli.

In der gestrigen Besprechung der Reichsregierung mit den Fraktionsführern waren von Regierungsseite anwesend Reichskanzler Dr. Brüning, Vizekanzler und Reichs-finanzenminister Dietrich, Reichsarbeitsminister Dr. Ste-gewald, Reichsinnenminister Dr. Wirth, Reichspostminister Dr. Schädel, Reichsjustizminister Dr. Brüderl sowie Staatssekretär Trendelenburg als stellvertretender Reichswirtschaftsminister, von den Parteien die Fraktionsvorsitzenden, und zwar von der Zentrumspartei Dr. Berthius und Esser, von der Deutschen Volkspartei Reichsminister a. D. Dr. Scholz, von der Deutschen Demo-kratischen Partei Staatssekretär a. D. Meyer, von der Wirtschaftspartei Dremig, von der Christlichnationalen Arbeitsgemeinschaft von Lindener-Wildau, von der Bayerischen Volkspartei Prälat Reich.

In der Besprechung, die der ersten Führungsnahme der Reichsregierung mit den Parteien diente, nahmen der Reichs-kanzler, der Reichsfinanz- sowie der Reichsarbeitsminister Besenheit, den Standpunkt der Regierung darzulegen und die Vorlagen im einzelnen zu erläutern und zu begründen. Die Fraktionsführer legten ihrerseits die Auffassungen ihrer Parteien dar. Die Besprechungen werden in den nächsten Tagen fortgesetzt werden.

Wie wir nach ergänzend erfahren, ist man gestern sämtliche Vorlagen durchgegangen. Die Par-teiführer haben dabei dargelegt, in welchen Fragen sie mit den Vorlagen einig gehen und in welchen sie anderer Auf-fassung sind. Man kann wohl annehmen, daß in der nächsten Besprechung, die voraussichtlich am Montag oder Dienstag stattfinden wird, die Programmpunkte herausgenommen werden, in denen Schwierigkeiten bestehen, so daß man ver-

suchen kann, Wege zu einer Annäherung und Einigung zu finden.

In parlamentarischen Kreisen wird die Lage dur-chaus günstig für die Regierung beurteilt, obgleich der Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei befanntlich das Kopier- und einen Einkommensteuerzuschlag in der jetzigen Form abgelehnt hat. Es wird darauf hingewiesen, daß der Zentralvorstand der Fraktion im einzelnen aber freie Hand läßt, so daß dadurch die Möglichkeiten einer Ver-ständigung gegeben sind. Gewiß gibt es in dieser großen und schweren Frage Differenzpunkte, so ist z. B. anzunehmen, daß die Wirtschaftspartei auf die Verpre-dung von Steuererleichterungen im Herbst ein großes Gewicht legen kann, wenn jetzt die Kommunen mit der Erhö-hung der Realsteuern vorgehen. Das würde natürlich ein Punkt sein, der bei der Wirtschaftspartei auf großen Wider-stand stoßen müßte.

Auch der Verlauf der Parteiführerbesprechung wird in unterrichteten Kreisen durchaus optimistisch gewertet. Da die Einzelfragen zum Teil recht kompliziert sind, ist es aber nötig, daß noch eingehende Besprechungen angefügt werden, die zum mindesten noch die ganze nächste Woche ausfüllen dürften.

Für Zusammenschluß der Mittelparteien.

Das. Der Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei bedauert in einer einstimmig angenommenen Entschließung das Scheitern der Bemühungen seines Vorsitzenden um das Zustandekommen einer parlamentarischen Arbeits-gemeinschaft der Mitte als ersten Schritt zu einer wir-ksameren Einigung der zur Ausbaurarbeit bereiten politischen Kräfte. Dieser Ausgang dürfe nicht entmutigen, die Auf-gabe der Sammlung mit allem Nachdruck weiter zu verfolgen.